

„Dann müsste der Rat auf vorausschauende Planung verzichten“

Grünen-Ratsherr Hans-Georg Panzer kritisiert das von der Initiative Gegenwind beauftragte juristische Windkraft-Gutachten

Hohenlimburg. Die Grünen im Stadtrat halten die Informationen der Windkraft-Gegner der Bürgerinitiative Gegenwind Hagen für nicht nachvollziehbar. Wie berichtet, hatte „Gegenwind“ eine Rechtsanwaltskanzlei aus Ibbenbüren beauftragt. Deren Tenor: Hagen muss den Flächennutzungsplan nicht ändern und auch keine neuen Windkraftkonzentrationsflächen ausweisen. Im

Gegenteil könne eine Änderung zu einer Klagewelle sowohl von Windkraft-Gegnern als auch Windrad-Betreibern führen. Bei CDU, Hagen Aktiv und Bürger für Hohenlimburg/Piraten war die Argumentation zumindest auf Interesse gestoßen (die SPD wird erst noch informiert).

Grünen-Ratsherr Hans-Georg Panzer hingegen äußert massive Kritik: „Neues haben die Anwälte nicht

zu Tage gebracht.“

Die Anwaltskanzlei argumentiere juristisch: Planungs- oder Abwägungsfehler der Flächennutzungsplanänderung zum Thema Windenergie aus dem Jahr 2002 seien dadurch geheilt, dass sie in den ersten sieben Jahren nicht angefochten wurden. Daher könne die Unwirksamkeit des bestehenden Flächennutzungsplans (FNP) von niemandem mehr gerügt werden, und deshalb müsse er in Kraft bleiben. „Folgte man dieser Begründung, wäre der Rat gezwungen, auf seine Verpflichtung zur vorausschauenden Planung zu verzichten“, kritisiert Panzer. „Das liefe darauf hinaus, pauschal die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu stoppen; stattdessen kann ja der alte immer weiter fortgeschrieben werden.“ Er beschreibe

zwar in keiner Weise mehr künftige Entwicklungslinien des Städtebaus, aber das sei anscheinend egal, „solange er den Partikularinteressen der BI Gegenwind genügt“. Hans-Georg Panzer weiter: „Die Energiewende ist trotz aller Argumente der BI Gegenwind und ihrer Anwälte zwingend notwendig. Dazu gehört der Ausbau der erneuerbaren Energien, allen voran der Windkraft.“